Abend-Ausgabe. Nr. 538.
Berlin, Mittwoch, den 16. November 1892.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Nr. 538. Abend-Ausgabe.
Berlin, Mittwoch, den 16. November 1892.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgrätzer-Straße № 15, und die bekannten Spediteure.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Für den Monat Dezember

beträgt der Bezugspreis für die Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung für Berlin 2,50 Mk., mit Botenlohn 2,85 Mk., für das deutsche Reich und Oesterreich 3 Mk. Alle Post-Anstalten und Zeitungs Spediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Wir bemerken hierbei, daß bei der Post nach Ablauf des ersten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf zwei Monate, nach Ablauf des zweiten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf einen Monat angenommen werden.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

München, 16. November. (D. B. H.) Dr. Sigl, der Redakteur des „Baierischen Vaterland", wird auch im Wahlkreise Kaufbeuren als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt.

Wurzen (Sachsen), 16. November. (D. B. H.) Der Redakteur Breuer der sozialdemokratischen „Wurzener Zeitung" erhielt wegen Beleidigung des Staatsanwalts Maizier (Magdeburg) drei Monate Gefängniß.

Wien, 15. November. (W. T. B.) Der Kaiser, der König von Rumänien und der Thronfolger Prinz Ferdinand von Rumänien wohnten heute Abend im Hofoperntheater der Aufführung der Oper „Manon" bei. Auch die Erzherzöge Wilhelm, Ernst und Rainer, der rumänische Gesandte, sowie zahlreiche Würdenträger waren zugegen. Morgen gedenken der Kaiser und seine erlauchten Gäste die Vorstellung im Hofburgtheater zu besuchen.

Wien, 16. November. (W. T. B.) Der König von Rumänien empfing heute Vormittag den deutschen Botschafter Prinzen Reuß in dreiviertelstündiger Audienz und besichtigte später eingehend die Sammlungen des kunsthistorischen Museums. Um 1 Uhr wird der König mit dem Thronfolger Prinzen Ferdinand das Frühstück bei dem rumänischen Gesandten Ghika einnehmen.

Wien, 16. November. (H. T. B.) Fürsterzbischof Dr. Kohn ist hier eingetroffen, um sich dem Kaiser vorzustellen und den Eid in die Hände des päpstlichen Nuntius zu legen.

Olmütz, 16. November. (H. T. B.) Fürsterzbischof Dr. Kohn empfing eine Deputation 12 tschechischer Abgeordneten aus Mähren, die ihm ihre Freude über seine Wahl ausdrückten. Einer der Deputirten bemerkte in der Ansprache, er (Kohn) werde einst auch dazu berufen sein, bei der böhmischen Königskrönung dem Herrscher die Krone aufs Haupt zu setzen.

Pest, 15. November. (W. T. B.) „Magyar Ujsag" zufolge ist das neue Kabinet folgendermaßen konstituirt: Dr. Wekerle Präsidium und Finanzen, Hieronymi Inneres, Szilagyi, Csaky, Fejervary, Bethlen und Lukacs behalten ihre Portefeuilles. Ludwig Tisza ist zum Minister a latere ernannt.

Pest, 15. November. (W. T. B.) Der „Budapester Korrespondenz" zufolge wird sich das neue Kabinet am 21. d. dem Parlamente vorstellen. Dr. Wekerle und Hieronymi erschienen heute im Klub der liberalen Partei und wurden mit lebhaften Eljenrufen begrüßt und allseitig beglückwünscht.

Paris, 15. November. (W. T. B.) Das Schwurgericht verurtheilte den anarchistischen Journalisten Zevaco wegen einer Rede, in welcher er zum Mord aufgereizt hatte, zu halbjähriger Gefängnißstrafe und 1500 Frcs. Geldbuße.

Salamanka, 15. November. (W. T. B.) In der Ortschaft Bejar brach während einer Hochzeitsfeier der Fußboden des Saales durch, in welchem das Fest stattfand. Dabei wurden 7 Personen getödtet und 12 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Haag, 16. November. (W. T. B.) Die von der Regierung eingebrachte Armee-Reorganisations-Vorlage setzt die Truppenzahl in Kriegszeiten auf 68 115 Mann fest. Der Kriegsminister wird beantragen, daß die obligatorische Dienstpflicht sowohl bei der Armee wie bei der Bürgerwehr 9 Jahre dauern solle, davon 3 Jahre in der Reserve. Das jährlich auszuhebende Kontingent soll beim stehenden Heere 11 500, bei der Bürgerwehr 12 000 Mann betragen.

Amsterdam, 16. November. (D. B. H.) Nach Schluß eines Sympathie-Meetings für die belgischen Vorkämpfer für das allgemeine Stimmrecht, manifestirten etwa 2000 Personen in öffentlichem Aufzuge für das allgemeine Stimmrecht, wobei es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei und zu Verhaftungen kam.

Brüssel, 16. November. (D. B. H.) Während des Galadiners im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten brach der Präsident des Kassationshofes zu Brüssel, Bayet, todt zusammen.

Brüssel, 16. November. (H. T. B.) Die „Independance belge" veröffentlicht eine Unterredung mit dem soeben aus Konstantinopel zurückgekehrten General Brialmont. Der General erklärte sich von dem Empfang, den er beim Sultan gefunden, sehr befriedigt, verweigerte jedoch über nähere Einzelheiten seiner Arbeiten in Konstantinopel sich zu äußern. Er erwähnte nur, daß er im Frühjahr wieder nach Konstantinopel zurückkehren werde. Einen ihm in Konstantinopel angebotenen Posten als Direktor des Landesvertheidigungswesens habe er ablehnen müssen, da er als Abgeordneter für Brüssel besonderes Gewicht darauf lege, sein Mandat in der Kammer gerade jetzt zu erfüllen.

Brüssel, 15. November. (W. T. B.) Nach einem heute zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts abgehaltenen Meeting durchzogen eine Anzahl Sozialisten die Marseillaise singend die Stadt. Vor der Maison de peuple fand ein leichter Zusammenstoß mit der Polizei statt, wobei fünf Personen verhaftet wurden.

Kopenhagen, 16. November. (D. B. H.) Das Folkething verwies das vorläufige Finanzgesetz mit 62 Stimmen gegen 25 (die alte radikale Berg'sche Fraktion und die neugebildete Gruppe unter Dr. G. Brandes) zur zweiten Lesung. Ohne Debatte wurde dann der Entwurf zu einem Finanzgesetz für das gegenwärtige Finanzjahr nebst dem vorläufigen Finanzgesetz an den Finanzausschuß verwiesen.

Christiania, 15. November. (W. T. B.) Heute wurde hier unter großer Betheiligung der Lehrer und Lehrerinnen eine Comenius-Feier veranstaltet. Der Feier wohnten der Ministerpräsident sowie der gegenwärtige und der frühere Unterrichtsminister bei. Nach der Festrede über die Thätigkeit Comenius' als Pädagoge sprach Pastor Röhmer aus Deutschland über die Wirksamkeit Comenius' als Bischof.

Odessa, 15. November. (W. T. B.) Der Großfürst-Thronfolger ist heute Vormittag aus Wien hier eingetroffen und hat alsbald die Reise zur See nach Batum fortgesetzt.

Bukarest, 15. November. (W. T. B.) Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Verordnung, betreffend die Durchführung des am 13. November neuen Stiles in Kraft getretenen neuen Verwaltungsgesetzes, welches die Zahl der Arrondissements und Unterpräfekturen auf 227 festgesetzt, die Kontrole der Verwaltung erleichtert und verbessert, sowie den Kommunen gewisse, mit den Aufgaben der Munizipalitäten unvereinbare Verwaltungsbefugnisse entzieht. Durch die neue Organisation werden dem Lande merkliche Opfer auferlegt, welche Dank den Ueberschüssen des Einnahme-Etats leicht gedeckt werden können. — Das dem Ministerrathe zur Prüfung unterbreitete Budget für 1893—1894 bilanzirt in Einnahmen und Ausgaben mit über 190 Millionen. Die günstige Lage der Finanzen gestattet die Deckung aller Bedürfnisse sowie eine Verbesserung verschiedener öffentlicher Dienstzweige.

New-York, 15. November. (W. T. B.) Grover Cleveland wohnte einem heute stattgehabten Banket der Handelskammer bei und hielt eine kurze Ansprache, in welcher er jedoch keine politischen oder wirthschaftlichen Fragen berührte. Cleveland sagte, alle Amerikaner müßten beitragen zu dem allgemeinen Wohlergehen und jeder davon den ihm gebührenden Antheil erhalten.

Die wirthschaftliche Krisis.

Man schreibt uns: Jeden Tag neue Nachrichten von dem Rückgange der Industrie. Jeden Tag neue Kunde von Arbeiterentlassungen! Wo soll das hin?

Noch im Januar d. J. sprach Graf Caprivi im Reichstage bei Einführung der Handelsverträge das kühne und überraschende Wort: Deutschland müsse sich fortan mehr auf die Industrie stützen, als auf die Landwirthschaft. Die Industrie, das sei die wahre Stütze unseres Kulturstaates, eine Stütze, die nie versagte: denn die Industrie könne sich ausdehnen, ausdehnen weit mehr, als man ahnen könne. Die Landwirthschaft wäre eine veraltete Stütze, auch in ihrer Ausdehnung gebunden an die Ausdehnung des zu Gebote stehenden Materials, d. h.: des Grund und Bodens! — Noch sind seit diesen Worten nicht zehn Monate verflossen, und wie sieht die neue Stütze aus? Elend und gebrochen sehen wir sie. Klagen über Klagen hören wir. „Kein Absatz, kein Export!" Das Geschäft stockt, Arbeiter werden entlassen, die Millionen Menschen, welche die zu Nutz und Frommen der Industrie seiner Zeit eingeführte schrankenlose Freizügigkeit in die Centren der Industrie, die großen Städte, zusammengeführt hat — sie sehen den hohläugigen Hunger zum Fenster hineinschauen. Was soll daraus werden? Wohl sucht man, wo nur irgend möglich, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, um die feiernden Kräfte zu beschäftigen; aber wird es gelingen? oder stehen wir vor einer sozialen Katastrophe? Träumt man noch immer von der unendlichen Expansionskraft der Industrie? Oder ist man jetzt schon zu der Einsicht gekommen oder vielmehr zurückgekehrt, daß die Landwirthschaft die Stütze des Deutschen Reiches ist, auf welche man sich zuerst verlassen, die man also auch zuerst schützen muß?

Wir fürchten fast, daß diese Erkenntniß noch nicht gekommen ist.

Bei den Handelsverträgen hat die Landwirthschaft die Zeche bezahlen müssen. Es sind ihr schwere Wunden geschlagen worden. Schlechter Getreidemarkt und Viehseuchen ohne Ende, — das sind Errungenschaften der Landwirthschaft aus den Handelsverträgen. Doch nicht genug damit: es scheint, als ob die deutsche Landwirthschaft auch noch der russischen Konkurrenz schonungslos zum Opfer gebracht werden sollte, wieder der Industrie zu Liebe und zum Nutzen.

In Sachverständigen-Kreisen der Eisenindustrie rechnet man, daß in guten Jahren von der Gesammtproduktion ein Zehntel exportirt werden könne. Neun Zehntel werden im Inlande konsumirt. Um was also zerbricht man sich den Kopf? Darum, daß dieses zehnte Zehntel auf dem Markte des Auslandes untergebracht werden kann. Das ist gewiß durchaus zu billigen. Wenn man aber in der Sorge für das zehnte Zehntel so weit geht, daß man den Konsum der ersten neun Zehntel, die das Inland verbrauchen soll, in Frage stellt; wenn man diejenige Kategorie der Bevölkerung, welche sich am höchsten beziffert, mehr und mehr konsumtionsunfähig macht, — dann ist der Industrie nicht geholfen, sondern ihre Noth wird verschärft.

Und was von der Eisenindustrie gilt, das gilt mehr oder weniger von allen Industriezweigen.

So viel steht zur Zeit fest, daß die Handelsverträge Deutschland bis heute einen Nutzen nicht gebracht haben, und wir fürchten, daß die jetzige Niederlage des gesammten Geschäftsverkehrs mehr oder weniger scharf durch die ganze Zeit andauern wird, welche die Handelsverträge in Geltung bleiben. Wir können uns aber auch der Ueberzeugung nicht verschließen, daß, je weiter man auf dem betretenen Wege vorschreitet, desto schlimmer die Verhältnisse sich gestalten müssen, und zwar besonders, wenn man sich mit Rußland in Verträge einlassen sollte.

Nur eine Hoffnung haben wir noch, daß die Verhältnisse sich etwas bessern können.

In dem Leitartikel dieser Zeitung vom 27. v. M. sind die Ursachen der wirthschaftlichen Krisis, so weit dieselben auf handelspolitischem Gebiete zu suchen sind, des weiteren ausgeführt. In diesem Artikel ist auf einen Artikel des „Export" Bezug genommen, in welchem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Ausfuhr nach Süd- und Nordamerika infolge guter Ernten, die dort gemacht worden seien, sowie nach China, sich bessern würden.

Wir können diese Hoffnung bezüglich Nordamerikas und Chinas nicht theilen. Bezüglich Nordamerikas nicht wegen der dortigen Zollgesetzgebung (Mac Kinley-Bill), bezüglich Chinas nicht wegen der beispiellosen Entwerthung des Silbers, welches dort Währungsmetall ist. Daß bei einem Silberkurse von 38 bis 39, statt 60, europäische Produkte in China in Geld nur etwa 35 pCt. billiger angeboten werden können, wenn sie Nehmer finden sollen, als in Goldländern, liegt auf der Hand. Daß aber Getreide, welches aus einem anderen Silberlande, aus Indien, bei uns importirt wird, unseren Markt furchtbar drücken kann, liegt ebenfalls auf der Hand; denn 200 M. in Geld sind bei gegenwärtigem Silberstande nicht 100 Rupien, sondern etwa 155 Rupien, also in Indien so viel, wie etwa 310 M. bei uns.

Wir sehen also, daß durch die ungeheuere Entwerthung des Silbers unser Export nach den Silberstaaten fast unmöglich gemacht wird, daß aber durch den Import von Getreide aus den Silberländern nach Deutschland der größte Konsument des Inlandes für die Industrie mehr und mehr konsumtionsunfähig gemacht wird.

Die einzige Hoffnung, die wir noch haben, ist die, daß die in Kürze in Brüssel zusammentretende internationale Münzkonferenz nicht ohne positive Resultate auseinandergehen möchte; mit anderen Worten, daß dort das Silber wieder zum internationalen Währungsmetalle gemacht werden möchte.

Wird dieses einzige Heilmittel für unsere kranke Zeit nicht erkannt, dann geht Deutschland, dann geht Europa sehr schweren Zeiten entgegen.

Die besten Ernten können da nicht helfen. Denn wenn durch den Druck, den die Silberländer auf unsere Getreidepreise ausüben, diese so tief heruntergehen, daß kaum die Produktionskosten gedeckt werden, dann kann die heimische Landwirthschaft die Produkte der Industrie nicht konsumiren, während dieser der Markt des Auslandes verschlossen bleibt. Kurz, es bleiben die Verhältnisse bestehen, wie wir sie zur Zeit beklagen und schwer empfinden.

Hof- und Personal-Nachrichten.

○ **Berlin**, 16. November. Der Tod des Bürgermeisters von Hamburg, Dr. Petersen, hat in hiesigen politischen Kreisen eine aufrichtige Theilnahme erregt. Der Reichskanzler Graf Caprivi, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frhr. v. Marschall und der Staatssekretär Dr. v. Boetticher erhielten gestern früh die amtliche Anzeige; sie erwiderten sie in ehrenden herzlichen Worten. In seinem langen, dem Dienste seiner Vaterstadt gewidmeten Leben galt Dr. Petersen als die hervorragendste Kraft im Senate, und sechsmal betrauten ihn seine Mitbürger mit der höchsten Würde, die sie zu vergeben haben. Er war ein national denkender Mann, der in Erkenntniß der letzten und höchsten Ziele, um die es sich handelte, alle Phasen der deutschen Frage mit erlebt und in den schwierigsten Verhältnissen der Stadt Hamburg die Pfade gewiesen hat, die sie zu ihrem Besten dann gegangen ist. Dr. Petersen war von jeher ein treuer Anhänger des Kaiserthums der Hohenzollern, der Vorherrschaft Preußens in Deutschland. Gegenüber den partikularistischen Strömungen, die in den Bürgermeistern Kirchenpauer und Haller ihre Wortführer fanden drängte er auf engsten Anschluß an Preußen, und damit das Richtige getroffen zu haben, war die Freude seines Alters. Der hochverdiente Mann war nie Mitglied des Bundesrathes, aber er war der Vorstand der auswärtigen und der Reichsangelegenheiten und entfaltete ein außergewöhnliches Geschick in der Behandlung von Sachen, wo es auf Takt und Fühlung in erster Linie ankommt. Als er am 6. Juli 1889 seinen achtzigsten Geburtstag feierte, übersandte ihm Se. Maj. der Kaiser sein Bildniß und das diplomatische Konsularkorps widmete ihm eine sinnige Ehrengabe. Dr. Petersen war eine überaus sympathische Persönlichkeit, deren gewinnendem Wesen sich wohl niemand entziehen hat. Wenn unser Kaiserlicher Herr von Hamburg sprach, so konnte man sicher sein, daß er in unmittelbarem Zusammenhange auch den Namen Petersen aussprach. Im engen Verkehr mit ihm stand seit langen Jahren auch Fürst Bismarck, der sich nie von ihm verabschiedete, ohne ihn zu küssen und zu umarmen. Eine enge Freundschaft verband ihn mit dem früheren kommandirenden General v. Leszczinsky, und auch dessen Nachfolger, Graf Waldersee, unterhielt die besten Beziehungen zu dem alten, ehrwürdigen Herrn. Wenn Hamburg den Verlust seines Bürgermeisters beklagt, so nimmt auch das deutsche Vaterland an jenem Verluste herzlichen Antheil.

Se. Maj. der Kaiser und König ist mit den Herren seiner Umgebung gestern Abend 8½ Uhr von Wernigerode mittels Sonderzuges wieder abgereist und Nachts 12 Uhr 18 Minuten im besten Wohlsein auf der Wildparkstation eingetroffen, von wo aus Se. Majestät sich zu Wagen nach dem Neuen Palais begab.

— Heute Vormittag arbeitete Se. Maj. der Kaiser und König zunächst im Neuen Palais allein, hatte alsdann um 10 Uhr eine Konferenz mit dem Staatsminister Dr. v. Boetticher und nahm hierauf den Vortrag des Chefs des Zivil-Kabinets entgegen.

— Ihre Maj. die Kaiserin und Königin empfing gestern Nachmittag 4 Uhr im Neuen Palais den neuernannten Botschafter Oesterreich-Ungarns am hiesigen Hofe, Kaif. Königl. Geheimen Rath und Kämmerer v. Szögyenyi-Marich, der um 3 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge über Potsdam nach der Wildparkstation gefahren und von dort in Königlicher Hof-Equipage eingeholt worden war. Nach der Audienz bei J. Maj. der Kaiserin begab sich der Botschafter nach Potsdam, fuhr dort beim Erbprinzlichen Paare von Hohenzollern vor und hatte darauf die Ehre, von Ihren Königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold auf Jagdschloß Glienicke in Audienz empfangen zu werden. Ihre Maj. die Kaiserin und Königin empfing am Abend den Besuch des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, welcher auch zur Abendtafel im Neuen Palais verblieb.

— J. K. H. die Frau Prinzessin Friedrich Karl wird am 20. d. M. Berlin wieder verlassen und sich zu mehrwöchigem Besuche an den Herzoglichen Hof nach Dessau begeben.

— Se. K. H. der Erbgroßherzog von Oldenburg kam gestern Mittag von Jagdschloß Glienicke nach Berlin und stattete hier bei Ihrer Maj. der Kaiserin Friedrich und anderen Mitgliedern der Königlichen Familie Besuch ab. Um 5 Uhr kehrte er wieder nach Glienicke zurück. Heute begeht Se. K. H. der Erbgroßherzog (geb. 1852) auf Jagdschloß Glienicke sein Geburtsfest. Im Laufe des Tages erhielt er die Gratulationen der zur Zeit in Berlin und in Potsdam anwesenden erlauchten Herrschaften. Vielleicht schon morgen gedenken der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von hier nach Oldenburg zurückzureisen.

— S. Kaiserl. H. der Großfürst Wladimir von Rußland trifft, dem Vernehmen nach, morgen Abend auf der Rückreise nach Rußland zum Besuch im Neuen Palais ein, um am nächsten Tage Se. Maj. den Kaiser zur Theilnahme an den großen Hofjagden nach der Göhrde zu begleiten.

— S. H. der Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen, Herzog zu Sachsen, General-Lieutenant und Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division, hat sich für heute und morgen nach Kassel begeben.

— Der Prinz Alexander Hohenlohe-Schillingsfürst ist heute früh aus Ostpreußen nach Berlin zurückgekehrt und im Hotel Continental abgestiegen.

— Der großbritannische Botschafter am hiesigen Hofe, Sir Edward Malet, hat heute Nachmittag 1 Uhr Berlin verlassen und einen 14tägigen Urlaub nach England angetreten, um seine zur Zeit noch dort weilende Gemahlin nach Berlin zurückzugeleiten.

— Der Königl. spanische Botschafter am russischen Hofe, Graf de Villagonzalo, welcher kürzlich aus Madrid hier eingetroffen war, ist gestern Abend auf seinen Posten nach Petersburg zurückgekehrt.

— Der Inspekteur der Marine-Infanterie, Oberst v. Mützschefahl, à la suite des 1. See-Bataillons, und der Major v. Linsingen, Bataillons-Kommandeur im 2. hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 76, sind mit Urlaub hier eingetroffen. — Der Oberstlieutenant v. Voigts-Rhetz, Kommandeur des bestfreußischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 24, und der Major Beck vom Infanterie-Regiment von Lützow (1. rheinischen) Nr. 25 haben Berlin nach beendetem Urlaub verlassen. — Der Major v. Alten vom Ulanen-Regiment Kaiser Alexander II. von Rußland (1. brandenburgischen) Nr. 3, Adjutant beim General-Kommando des 3. Armee-Korps, ist von Urlaub hierher zurückgekehrt. — Der Direktor der Militär-Turn-Anstalt, Major Drex, à la suite des Magdeburgischen Füsilier-Regiments Nr. 36, hat sich mit kurzem Urlaub nach Treskow in der Lausitz begeben.

— Aus dem jüngsten „Militär-Wochenbl." heben wir noch hervor, daß dem Korvetten-Kapitän Rüdiger, der bekanntlich zuletzt Stellvertreter des Gouverneurs von Deutsch-Ost-Afrika war, durch Kaiserliche Ordre vom 14. d. Mts. der Abschied mit Pension bewilligt worden ist.

— ⊙ Der königlich belgischen Gesandtschaft ist an Stelle des vor einigen Monaten abberufenen Grafen d'Ursel der Legations-Sekretär Garnier-Heldewier, der bisher im Haag beschäftigt war, beigegeben worden.

Zur Kamerun-Hinterlandsfrage

wird uns geschrieben: Auf Grund der bekannten Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 24. Dezember 1885 waren die beiderseitigen Interessensphären im äquatorialen Afrika durch eine Demarkationslinie abgegrenzt worden, welche der Lauf des Campo von seiner Mündung bis zu seinem Zusammentreffen mit dem 10.° östl. L. (von Greenwich) und von diesem Punkte an der Breitengrad desselben bis zum 15.° östl. L. bilden sollte. Mit dem ausdrücklichen Ausschluß jeder politischen Thätigkeit von Seiten Frankreichs im Norden dieser Linie war Deutschland die volle Aktionsfreiheit bis zum südlichen Ufer des Tschadsees im Hinterlande von Kamerun vertragsmäßig gesichert. Denn wenn auch nach diesem Abkommen die Grenze über den 15.° östl. L. hinaus nicht ausdrücklich festgelegt war, so war doch jedenfalls klar, daß Frankreich durch das Hinterland von Kamerun vom Congo français aus keinen Zugang zu dem gedachten See beanspruchen durfte.

Inzwischen begann Frankreich den lebhaften Wunsch zu hegen, diese für seine Interessen nicht günstige Grenze auf dem Wege diplomatischer Unterhandlungen mit Deutschland in der Richtung zu verbessern, daß ihm vom Congo français aus der Weg zu den Ländern von Zentralafrika nicht mehr abgeschnitten blieb, wie es die volle Konsequenz jenes Vertrages von 1885 nach sich zog.

Bei Gelegenheit der Verhandlungen beider Mächte, betreffend die Anerkennung der Abtretung von Deutsch-Ostafrika an das Deutsche Reich von Seiten Frankreichs einerseits und der französischen Oberhoheit über die Insel Madagaskar von Seiten Deutschlands andererseits im Sommer 1890 machte der französische Botschafter der deutschen Regierung Vorschläge, welche dahin zielten, Frankreich vom Congo français aus den Zugang zum Südufer des Tschadsees vertragsmäßig ebenfalls zu sichern. Die französische Proposition ging dahin, daß Deutschland mit Frankreich auch eine Ostgrenze vereinbaren möchte, welche der 15.° östl. L. bis zum Schari und von da an dieser Fluß selbst bis zu seiner Einmündung in den Tschadsee bilden sollte. Wäre diese Proposition von Seiten Deutschlands damals angenommen worden, so würde es nicht allein auf das ganze Hinterland von Kamerun, soweit es östlich vom 15.° östl. L. lag, die Stätte der Forscherthätigkeit eines Barth, Flegel und Nachtigal, verzichtet, sondern auch das Gebiet zwischen dem Schari und dem 15.° östl. L. bis zum Tschadsee, das ihm vertragsmäßig gesichert war, an Frankreich verloren haben, ohne daß diese Macht für diese Vortheile auch nur die geringste Gegengabe über das hinaus geboten hätte, was im Vertrage von 1885 Deutschland bereits als fester Besitz von ihr selbst zuerkannt war. Ein Eingehen auf Frankreichs Wünsche deutscherseits wäre nur unter der Voraussetzung denkbar gewesen, daß Frankreich sich über eine Grenze, die über den 15.° östl. L. hinausging, also einen größeren Theil des weiteren Hinterlandes von Kamerun in das deutsche Gebiet als sicherer Besitz einschloß, mit Deutschland hätte einigen wollen. Da dies nicht der Fall war, so konnte die deutsche Regierung nicht anders handeln, als wie sie es that, indem sie den französischen Vorschlag ablehnte. Diese Ablehnung aber konnte selbstverständlich keinerlei Aenderung in der Lage des beiderseitigen Besitzstandes im äquatorialen Afrika, wie sie der Vertrag von 1885 geschaffen hat, herbeiführen. Nach wie vor blieb Frankreich verpflichtet, im Hinterlande von Kamerun sich nördlich von der oben erwähnten Linie, beziehungsweise westlich des 15.° östl. L. jeder politischen Thätigkeit zu enthalten. Damit hatte Deutschland sich gegenüber Frankreich — wie ein Blick auf die Karte zeigt — den Zugang zum Südufer des Tschadsees gesichert. Außerhalb dieser Interessenzone aber liegen die im Vertrage von 1885 nicht abgetheilten, also herrenlosen Gebiete, auf welche der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen hinwies, als er sagte, daß diejenige europäische Macht sie besitzen würde, welche zuerst dort politischen Einfluß ausübte.

Landtags-Nachrichten.

[Dem Herrenhause] ist der Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes vom 3. Juni 1876, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie zugegangen. Derselbe lautet: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. s. w. verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie für den Geltungsbereich des Kirchenverfassungsgesetzes vom 3. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 125), was folgt: Einziger Artikel. Artikel 12 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 findet auch auf den durch das anliegende Kirchengesetz vom ten 1892 abgeänderten § 74 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 Anwendung.

Die Begründung lautet: Während nach § 49 der General-Synodal-Ordnung vom 20. Januar 1876 auch denjenigen Mitgliedern der Generalsynode, des Generalsynodalvorstandes und des Generalsynodalraths, welchen ihren Wohnsitz in Berlin haben, Tagegelder gebühren, stehen nach § 74 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 den Mitgliedern der Kreis- und Provinzialsynoden, der Kreis- und Provinzialsynodal-Vorstände und den von den Provinzialsynoden gewählten Mitgliedern der theologischen Prüfungs-Kommissionen nur dann Tagegelder zu, wenn sie nicht am Orte der Versammlung wohnhaft sind. Die dritte ordentliche Generalsynode hat infolge einer aus ihrer Mitte gegebenen Anregung nach zweimaliger Berathung mit großer Mehrheit ein Kirchengesetz beschlossen, nach welchem der § 74 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung dahin abgeändert wird, daß den Mitgliedern der Kreissynoden und Kreissynodal-Vorstände, soweit sie nicht am Orte der Versammlung wohnhaft sind, Tagegelder und Reisekosten, den Mitgliedern der Provinzialsynoden und Provinzialsynodal-Vorstände sowie den Abgeordneten zur Prüfungs-Kommission Tagegelder und, soweit sie nicht am Orte ihrer synodalen Wirksamkeit ihren Wohnsitz haben, auch Reisekosten gewährt werden. Hiernach sollen künftig sämmtliche Mitglieder auch der Provinzialsynoden und Provinzialsynodal-Vorstände, sowie sämmtliche Abgeordnete zu den Prüfungs-Kommissionen Tagegelder erhalten. Dies erscheint durchaus billig, da die Sitzungen der genannten Körperschaften im Unterschiede von denen der Kreissynoden und Kreissynodal-Vorstände meist von längerer Dauer sind und auch für die am Orte ihrer synodalen Wirksamkeit wohnenden Mitglieder einen oft nicht unerheblichen Aufwand verursachen. Das Kirchengesetz bedarf der Ergänzung durch ein Staatsgesetz, da der § 74 der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung durch Artikel 12 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 125) staatsgesetzlich sanktionirt worden ist.

≡ [Haus der Abgeordneten.] Der Rechenschafts-Bericht über die Konsolidations-Gesetze ist heute dem Abgeordnetenhause zugegangen.

Deutschland.

* **Berlin**, 16. November. Der Umstand, daß kürzlich einige Meldungen davon erzählten, daß der Besuch des Königs von Rumänien und des rumänischen Thronfolgers in Wien mit jenem des russischen Thronfolgers zusammenfallen dürfte, bringt es mit sich, daß das Unterbleiben eines solchen Zusammentreffens nun kommentirt wird. Wie uns indessen aus Wien berichtet wird, war ein gleichzeitiger Besuch des Königs von Rumänien und des russischen Thronfolgers überhaupt nicht geplant, es lassen sich daher daraus, daß der Besuch des Königs von Rumänien und des rumänischen Thronfolgers erst einen Tag nach der Abreise des Großfürsten Nikolaus Alexandrowitsch erfolgte, keine Schlüsse, welcher Art immer, ziehen. Der Besuch der rumänischen Fürstlichkeiten in Wien trägt einen rein familiären Charakter, und die Herzlichkeit des Empfanges derselben entzieht sich jeder Deutung, da zwischen den beiden Höfen von altersher die freundschaftlichsten Beziehungen bestehen, die eben nur, wie bei jeder sich in früherer Zeit dargebotenen Gelegenheit, von neuem zum Ausdruck gebracht werden.

* **Berlin**, 16. November. Nur acht Tage noch trennen uns von der Reichstagsersatzwahl im Kreise Friedeberg-Arnswalde. Es hatte darum erst recht keinen Zweck, sich in Vermuthungen über den wahrscheinlichen Ausgang zu ergehen. Bemerkenswerth aber bleibt es immerhin, daß die Judenpresse, je näher der Wahltag kommt, desto größere Unruhe merken läßt, die sich vornehmlich in wüthenden Angriffen nicht nur gegen die Antisemiten, sondern auch gegen die Konservativen äußert. Letzteren, oder wie das „Berl. Tagbl." sie jetzt immer nennt, den „Junkern" wird unter anderem nachgesagt, daß sie sich für den Kandidaten Ahlwardt mehr interessirten, als für den Erfolg der eigenen Sache, die sie doch für verloren hielten, während für Ahlwardts Wahl 30 000 Mark zusammengebracht worden seien u. dgl. m. Damit scheint auf Erregung von Mißtrauen unter den Konservativen abgezielt zu werden, denn einem Oberlehrer wird z. B. nachgerühmt, daß er sich — im Gegensatze zu den „Junkern" — gegen die Kampfesweise der Antisemiten ausgesprochen habe. Ernster, als es diese Anhäufung von Illusionen verdient, ist es immerhin zu nehmen, was die freisinnige Presse über angebliche Wahlbeeinflussungen zu Gunsten der Antisemiten erzählt, wie sie durch Verbote von freisinnigen Versammlungen stattgefunden haben sollen. Wie man derartiges „Material" im Reichstage zu verwerthen weiß, ist ja bekannt. Der Abg. Knoercke, der hierbei vermuthlich betheiligt gewesen ist, hat, wie das „Berl. Tagbl." meldet, schon einen Anfang in dieser Richtung gemacht, indem er sich an zuständiger Stelle persönlich beschwert. Ob diese Behauptungen begründet sind und in welchem Umfange, wird sich seiner Zeit schon zeigen. Einstweilen haben wir den Eindruck, daß der „Freisinn" sich bei Zeiten nach Erklärungsgründen umsieht, um eine Niederlage zu beschönigen, die er offenbar nicht für unmöglich hält.

— ≡ Heute Nachmittag 1½ Uhr trat das Staatsministerium unter Vorsitz des Minister-Präsidenten Grafen zu Eulenburg zu einer Sitzung zusammen. Dem Vernehmen nach handelte es sich um die Begutachtung der im Kultusministerium ausgearbeiteten Vorlagen, betreffend Besserung der Lage der Volksschullehrer u. s. w.

— Man schreibt uns: Vor einigen Tagen — es wird etwa Freitag in der Morgenausgabe gewesen sein — brachte das „Berliner Tageblatt" in einer Polemik gegen die „Kreuzzeitung" bezüglich der Ernennung des Fürsterzbischofs Dr. Kohn auch die Angabe, daß der Bischof Neander früher selbst Jude gewesen und später erst zum Christenthum übergetreten sei. Ich habe bisher noch keine Antwort auf diese Notiz in der „Kreuzzeitung" gefunden, kann aber diese Angabe für unrichtig erklären. Der verstorbene Bischof Amadeus Neander ist sein Lebtag lang ein Christ gewesen, stammt auch aus keiner jüdischen Familie — der Name ist nicht etwa neuerdings angenommen worden, sondern stammt aus viel älterer Zeit, wie viele ähnliche gräzisirte oder latinisirte Namen. Offenbar liegt eine Verwechselung mit dem bekannten Kirchenhistoriker August Neander vor, der als junger Mann zum Christenthum übertrat und beim Uebertritt erst seinen Namen „Neumann" in „Neander" umwandeln ließ.

— Wie nunmehr nach der „Schles. Ztg." feststeht, erfolgt die Einführung der mitteleuropäischen Zeit auch im äußeren Dienste der preußischen Staatsbahnen am 1. April 1893. Von diesem Zeitpunkte werden also die gegenwärtigen, auf Ortszeit lautenden Winter-Fahrpläne und -Kursbücher hinfällig und müssen durch neue auf mitteleuropäische Zeit lautende ersetzt werden. Die unmittelbare Folge der Neuerung wird nothwendiger Weise die allgemeine Einführung der mitteleuropäischen Zeit auch im bürgerlichen Leben sein.